

Florian Grotz [Hrsg.]

# Neue Welt – andere Politik?

Politikwissenschaftliche Vermessungsversuche



Nomos

Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft  
für Politikwissenschaft (DGfP)

Band 39

Florian Grotz [Hrsg.]

# **Neue Welt – andere Politik?**

Politikwissenschaftliche Vermessungsversuche



**Nomos**

© Titelbild: BAIVECTOR – stock.adobe.com

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7540-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-3388-5 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhalt

Neue Welt – andere Politik? Thema und Kontext der 38. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)	7
<i>Florian Grotz</i>	
Zeitenwende	17
<i>Ralf Fücks</i>	
Außenpolitik gestalten statt verwalten	25
<i>Stefan Mair</i>	
Fünf Fragen an die Demokratie. Überlegungen an einer Epochenschwelle	43
<i>Peter Graf Kielmansegg</i>	
Die erschöpfte Demokratie	55
<i>Dirk Jörke</i>	
Parlamentarismus – von gestern für heute?	79
<i>Suzanne S. Schüttemeyer</i>	
Neue Medien – alte Ordnung? Regulierungsansätze und normative Paradoxien demokratischer Digitalpolitik	99
<i>Wolf J. Schünemann</i>	
Demokratiezufriedenheit von Jugendlichen während der Corona- Pandemie	119
<i>Steffen Mingenbach</i>	

*Inhalt*

Digitale Welt – neue Völkerrechtspolitik? Zur völkerrechtlichen Klassifizierung von Hackern im Tallinn Manual	137
<i>Janine Schmoldt</i>	
Aufstieg und Fall der liberalen Weltordnung	159
<i>Christopher Daase</i>	
<b>Verleihung des Preises „Das politikwissenschaftliche Buch 2020“ an Kristina Spohr für „Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989“ (München: DVA 2019)</b>	
Laudatio	179
<i>Wilhelm Knelangen</i>	
Wendezeiten und Weltordnungen: Eine historische Perspektive Rede anlässlich der Entgegennahme des Preises „Das politikwissenschaftliche Buch 2020“	185
<i>Kristina Spohr</i>	
Autorenverzeichnis	197

Neue Welt – andere Politik? Thema und Kontext der 38.  
Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft  
(DGfP)

*Florian Grotz*

Dieser Band vereint die Beiträge, die auf der 38. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) am 2. und 3. Juli 2021 präsentiert wurden. Das Thema lautete „Neue Welt – andere Politik?“. Als sich der DGfP-Vorstand im November 2019 auf diesen Titel verständigte, ahnte niemand, wie sehr er zugleich zum komplizierten Entstehungskontext der Tagung passen würde.

Ursprünglich war die Jahrestagung für Herbst 2020 vorgesehen, während ihre Vorgängerinnen im Frühsommer stattgefunden hatten. Der wichtigste Grund für diese Verschiebung war, dass auf der Tagung der Preis „Das politikwissenschaftliche Buch“ verliehen werden sollte, den die DGfP gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft & Demokratie erstmals vergeben hat. Als Deutschland im Frühjahr 2020 vom Corona-Virus erfasst wurde, schien es noch möglich, dass sich die Lage in den kommenden Monaten „normalisieren“ würde. Die anfängliche Gelassenheit wich jedoch bald der Sorge und schließlich der Gewissheit, dass unter den Bedingungen der fortdauernden Pandemie auch im Herbst keine Präsenzveranstaltung würde stattfinden können. Daher beschloss der DGfP-Vorstand schweren Herzens, im Jahr 2020 keine Tagung abzuhalten und die bereits durchgeplante Veranstaltung auf Frühsommer 2021 zu verschieben. Allerdings sollte zumindest die Preisverleihung im kleineren Kreis am 5. November 2020 im Haus deutscher Stiftungen in Berlin vonstattengehen und durch eine Podiumsdiskussion ergänzt werden. Diese Veranstaltung, die per Livestream übertragen werden sollte, war ebenfalls schon bis ins Detail organisiert, als ein kurzfristig angesetzter Lockdown wieder einen Strich durch die Rechnung machte.

Nun konzentrierten sich alle Hoffnungen auf das persönliche Wiedersehen in der Akademie für Politische Bildung Tutzing im Juli 2021. Doch die Corona-Welle zog sich immer länger hin, so dass der Vorstand erneut vor einer schwierigen Entscheidung stand. Der Workshop für Graduierte, den Martin Klausch und Hannah Schnier (beide Helmut-Schmidt-Univer-

sität Hamburg) organisiert hatten, sollte auf jeden Fall online abgehalten werden, um den jüngeren Kolleginnen und Kollegen Planungssicherheit zu geben. Die Entscheidung über das Format der „Haupttagung“ wurde dagegen bis zum letztmöglichen Zeitpunkt hinausgezögert. Schließlich überwogen auch hier die Gründe für die „sichere“ Online-Variante gegenüber dem klassischen Präsenzformat. Daher fuhren nur der Vorsitzende und der Geschäftsführer der DGfP nach Tutzing, um gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie für einen reibungslosen Ablauf der digitalen Konferenz zu sorgen. Dafür, dass das so hervorragend geklappt hat, möchte ich mich nochmals bei dem damaligen DGfP-Geschäftsführer Martin Klausch sowie bei Prof. Dr. Ursula Münch, Jörg Siegmund und dem gesamten Akademie-Team herzlich bedanken.

Soweit zum Kontext dieser Jahrestagung. Ich habe ihn an dieser Stelle kurz geschildert, um zu erklären, weswegen 2020 erstmals in der Geschichte der DGfP keine Tagung stattgefunden hat und die Verleihung des Preises „Das politikwissenschaftliche Buch“ ein knappes Jahr später erfolgte als zunächst geplant. Vor allem aber sollte dadurch verständlich werden, worum es bei dem Tagungsthema ursprünglich ging. Wer jetzt den vorliegenden Band zur Hand nimmt, wird mit der Formulierung „Neue Welt – andere Politik?“ wahrscheinlich die „neue Normalität“ assoziieren, die Bundesfinanzminister Scholz im April 2020 als Handlungsmaxime gegen die unabsehbaren Folgen der Corona-Pandemie verwendet hat.<sup>1</sup> Oder man denkt unwillkürlich an die „Zeitenwende“-Rede, die wiederum Olaf Scholz – nunmehr Bundeskanzler – am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag in Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine gehalten hat.<sup>2</sup> Als jedoch die Tagung geplant wurde, schienen weder eine Virus-Pandemie noch ein Vernichtungskrieg auf europäischem Boden ein realistisches Szenario zu sein.

Den inhaltlichen Bezugspunkt des Tagungsthemas bildete ein allgemein geteilter Eindruck, dem zufolge sich die nationalen und internationalen

- 
- 1 „Was wir jetzt brauchen, ist für lange Zeit eine neue Normalität“, sagte Finanzminister Olaf Scholz (SPD) in der ARD. Solange es weder Therapien noch Impfstoffe gebe, müsse man lernen, mit dem Virus zu leben.“ Vgl. dpa, 2020: „Regierung erwartet ‚für lange Zeit eine neue Normalität‘“. In: *Zeit online*. <https://www.zeit.de/news/2020-04/18/regierung-erwartet-fuer-lange-zeit-eine-neue-normalitaet>. 19.06.2022.
  - 2 Vgl. dazu: Deutscher Bundestag, 2022: *Bundeskanzler Olaf Scholz: Wir erleben eine Zeitenwende*. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw08-sondersitzung-882198>. 19.06.2022.



Rahmenbedingungen des politischen Handelns innerhalb des letzten Jahrzehnts infolge von multiplen Krisen nachhaltig verändert haben. Dadurch, so die weitere Überlegung, könnte die Politik in Deutschland und anderen westlichen Demokratien über kurz oder lang vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen stehen. Zu den Schlagworten, die in dem Zusammenhang genannt wurden, zählen die digitale Transformation der Arbeits- und Lebenswelt, der Klimawandel, der globale Aufstieg des Autoritarismus, die populistische Gefährdung des Parlamentarismus und die Krise des Multilateralismus. Obwohl diese Herausforderungen in den politischen Debatten der späten Merkel-Ära immer wieder angesprochen wurden, schien ihre gesamthafte Bedeutung für die Inklusions- und Handlungsfähigkeit der demokratischen Regierungssysteme ebenso wenig klar zu sein wie die Lehren, die sich daraus für die praktische Politik ergeben.

Zur Beantwortung dieser Fragen ist die Politikwissenschaft zweifellos besonders prädestiniert und gefordert, indem sie die genannten Entwicklungen empirisch analysiert und normativ beurteilt. Neben bereichsspezifischen Untersuchungen braucht es dazu auch breiter angelegte Reflexionen, die die einzelnen Befunde in einen größeren Zusammenhang stellen. Da sich die Forschungsstränge innerhalb der Disziplin stark ausdifferenziert haben und die Diskurse auf den Panels nationaler und internationaler Kongresse immer spezialisierter werden, sind bereichsübergreifende Debatten zunehmend selten. Gleichwohl bleiben sie essentiell, weil sonst die Gefahr besteht, bei allem fundierten Detailwissen die „Zeichen der Zeit“ nicht richtig zu erkennen. Am Ende könnte es der Politikwissenschaft ähnlich ergehen wie Rip Van Winkle in der gleichnamigen Erzählung von Washington Irving, der durch einen Zaubertrank in einen tiefen Schlaf fällt, 20 Jahre später in einer ihm unbekanntem Umgebung erwacht und feststellen muss, dass er weltpolitische Ereignisse wie die amerikanische Revolution und Unabhängigkeitswerdung verschlafen hat. Als mahnendes historisches Beispiel kann der Zusammenbruch der sozialistischen Regime 1989/90 gelten, der den politikwissenschaftlichen Mainstream weitgehend unvorbereitet traf und deswegen zurecht als „,schwarze[r] Freitag‘ der Sozialwissenschaften“<sup>3</sup> bezeichnet wurde.

Der Titel „Neue Welt – andere Politik?“ ist also vor diesem Hintergrund zu verstehen. Wir haben ihn bewusst mit einem Fragezeichen verse-

---

3 von Beyme, Klaus, 1990: Die Vergleichende Politikwissenschaft und der Paradigmenwechsel in der Politischen Theorie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 31: 3, S. 457–474, hier: S. 472.

hen, denn es sollte weniger um signifikante Zusammenhänge, eindeutige Diagnosen und konkrete Reformvorschläge, sondern um explorative Bestandsaufnahmen und (selbst-)kritische Einschätzungen gehen, was die Politikwissenschaft zu folgenden Fragen beitragen kann: Inwiefern haben sich die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen des politischen Handelns während des letzten Jahrzehnts verändert? Wie folgenreich sind diese Veränderungen für die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Demokratie? Und falls die Annahme zutrifft, dass wir bereits in einer „neuen Welt“ leben: Wie hat die Politik bisher darauf reagiert, was sind die wichtigsten Handlungsfelder und mögliche Handlungsoptionen?

Für eine erste Vermessung eines derart „weiten Feldes“ bietet sich das Format einer DGfP-Tagung in besonderer Weise an, weil dort ein für die gesamte Disziplin relevantes Thema aus Sicht der Politischen Theorie, der Vergleichenden Regierungslehre und der Internationalen Beziehungen dargestellt und diskutiert wird. So ergibt sich die Gelegenheit, die eigene „Tunnelperspektive“ zu verlassen und mit Vertreterinnen und Vertretern anderer politikwissenschaftlicher Teilbereiche ins Gespräch zu kommen. Damit das gelingt, braucht es vor allem fundierte und inspirierende „Aufschläge“. Dankenswerterweise haben sich die Kolleginnen und Kollegen, die wir um einen Tagungsbeitrag gebeten haben, prompt dazu bereit erklärt und sind trotz der mehrfachen Terminverschiebung bei ihrer Zusage geblieben, so dass die Veranstaltung inhaltlich genauso stattfinden konnte, wie sie ursprünglich geplant war. Außerdem haben die meisten Referentinnen und Referenten ihre überarbeiteten Vortragsmanuskripte für diesen Band zur Verfügung gestellt. Sie sind im Folgenden abgedruckt und werden durch zwei Beiträge aus dem Graduiertenworkshop ergänzt. Nicht zuletzt wurden auch die Laudatio, die anlässlich der Verleihung des Buchpreises gehalten wurde, und die Rede der Preisträgerin aufgenommen.

Die folgenden Beiträge zeichnen ein äußerst vielgestaltiges Bild des Tagungsthemas. Zugleich weisen sie – bei aller Unterschiedlichkeit der inhaltlichen Fokussierung und des analytischen Zugriffs – grundlegende Ähnlichkeiten in ihren Argumenten und Interpretationen auf. Dies ist umso bemerkenswerter, als während der redaktionellen Bearbeitung des Bandes der Ukraine-Krieg begonnen hat, der eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsordnung markiert und die Grundfesten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erschüttert hat. Einige Beiträge konnten dieses Ereignis noch aufgreifen, andere waren bereits fertiggestellt. Doch sind die letzteren deswegen nicht überholt. Im Gegenteil: Der russische Angriffskrieg und dessen Konsequenzen für Deutschland und Europa lassen sich

unschwer in ihre Argumentationslinie einfügen. Obwohl Putins Überfall auf die Ukraine hinsichtlich des Zeitpunkts und des Ausmaßes an Zerstörungswut für die allermeisten überraschend kam, so ist er doch in einen breiteren historisch-politischen Kontext einzuordnen, dessen Facetten die einzelnen Beiträge dieses Bandes beleuchten.

Den Anfang bildet ein programmatisches Statement von *Ralf Fücks* (Zentrum Liberale Moderne) zur „Zeitenwende“. Aus seiner Sicht ist die gegenwärtige Ära durch mehrere fundamentale Veränderungen gekennzeichnet, die Ähnlichkeiten zur Epochenschwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert aufweisen. Angesichts des Klimawandels, der digitalen Revolution, einer alternden Gesellschaft, grenzüberschreitenden Migrationsprozessen, sich wandelnder Rollenverständnisse und politischer Systemkonflikte kann sich die Politik nicht mehr auf die Optimierung des Status quo beschränken, sondern muss weitreichende Reformen wagen, die technische und gesellschaftliche Innovationen ermöglichen und zugleich den sozialen Zusammenhalt stärken.

Nicht weniger klar positioniert sich *Stefan Mair* (Stiftung Wissenschaft und Politik) zur außenpolitischen Agenda der Ampel-Koalition. Unmittelbar nach deren Amtsantritt im Dezember 2021 geschrieben, erkennt der Beitrag die Absicht der neuen Bundesregierung, wichtige außenpolitische Themen stärker in die öffentliche Debatte einzubringen und die deutsche Außen-, Sicherheits- und Europapolitik strategisch neu zu bestimmen. Diese richtigen Ansatzpunkte greifen jedoch zu kurz: Ein Land von der Größe und Stärke der Bundesrepublik darf sich nicht der Illusion hingeben, in allen Konflikten neutral bleiben zu können bzw. der internationalen Verantwortung mit einer rein normativ geleiteten Außenpolitik gerecht zu werden. Nach dem 24. Februar 2022 hat diese zukunftsweisende Diagnose noch an politischer Brisanz gewonnen.

Anschließend stellt *Peter Graf Kielmansegg* (Universität Mannheim) „Fünf Fragen an die Demokratie“. Eingedenk der Feststellung Alexis de Tocquevilles, dass eine neue, demokratische Welt auch „einer neuen politischen Wissenschaft“ bedürfe, richten sich diese Fragen zugleich an die Politische Theorie. Kielmansegg erkennt derzeit fünf fundamentale Herausforderungen für die Demokratie: die Kommunikationsrevolution, die Fähigkeit zum verändernden Eingriff in das Genom, den Aufstieg Chinas zur Weltmacht, die Klimakrise sowie die Erfahrungen mit der Covid 19-Pandemie. Vor diesem Hintergrund muss die moderne Demokratie ihre Problembewältigungskapazitäten unter Beweis stellen, denn eine rein

normative Rechtfertigung bildet keine Garantie dafür, dass ihre Erfolgsgeschichte fortgeschrieben wird.

*Dirk Jörke* (TU Darmstadt) befasst sich ebenfalls mit der Zukunftsfähigkeit der Demokratie, legt allerdings seinen Fokus auf die neuere demokratietheoretische Literatur. Diese diagnostiziert zwar vielfältige Krisen der Demokratie, ist aber gleichwohl der Auffassung, dass das liberale Demokratiemodell gerettet werden kann. Jörke sieht dagegen die sittlichen, institutionellen und materiellen Grundlagen der modernen Demokratie als „erschöpft“. Insbesondere besteht die Gefahr, dass die Modernisierung, die einst die Voraussetzungen für eine umfassende Demokratisierung geschaffen hat, diese nun sukzessive untergräbt. Seine Argumentation mündet daher in eine provokante Schlussfolgerung: Man sollte in Erwägung ziehen, dass es sich gegenwärtig nicht um eine überwindbare Krise der Demokratie handelt, sondern um einen Wandel der Demokratie zu etwas Neuem.

*Suzanne S. Schüttemeyer* (Universität Halle/Institut für Parlamentarismusforschung, Berlin) setzt dazu einen gewissen Kontrapunkt, indem sie argumentiert, dass der Parlamentarismus als demokratische Regierungsform den heutigen Anforderungen durchaus gerecht werden kann. Nicht selten basieren die Behauptungen, dass die Strukturen, Verfahren und Akteure des parlamentarischen Regierungssystems „von gestern“ seien, auf Bewertungsmaßstäben, die just aus diesem „Gestern“ stammen. Versteht man den Parlamentarismus dagegen im Sinne des „Neuen Dualismus“ als Interaktionsgefüge von Regierungsmehrheit und Opposition, so erweist sich manche Kritik am Fraktionszwang, an der Vormachtstellung der Regierung, der Auslagerung politischer Entscheidungen aus der Legislative und der mangelnden Repräsentationsleistung der Volksvertretung als wenig plausibel.

*Wolf J. Schünemann* (Universität Hildesheim) beschäftigt sich dagegen mit einem Schlüsselaspekt der politischen Kommunikation im digitalen Zeitalter: der Regulierung von Online-Inhalten und ihren normativen Paradoxien. In den letzten Jahren haben demokratische Regierungen ihre Zurückhaltung gegenüber staatlichen Eingriffen in die digitale Kommunikation aufgeweicht und immer stärkere Kontrollmaßnahmen umgesetzt. Schünemann erklärt diese Veränderung der Digitalpolitik mit einem Wandel der politischen Legitimationsstrategien. Am Beispiel der Desinformationsbekämpfung in Australien und Frankreich zeigt er, dass der Schutz demokratischer Souveränität zu einer zentralen Begründung für die Zunahme informationeller Regulierung geworden ist. Durch diese Beeinträchtigung der

Informationsfreiheit und grenzüberschreitender Informationsflüsse werden aber auch die souveränitätsbezogenen Legitimationsstrategien autokratischer Regime validiert. Daraus ergeben sich normative Verschiebungen zugunsten einer demokratisch geprägten Internet-Ordnung.

Der Beitrag von *Steffen Mingenbach* (Universität Erfurt) ist wiederum im Schnittbereich von politischer Soziologie und politischer Bildung angesiedelt. Er untersucht, wie sich die Demokratiezufriedenheit von Jugendlichen während der Corona-Pandemie entwickelt hat und prüft mögliche Erklärungen für deren Varianz. Dazu hat der Autor die Abschlussjahrgänge an allgemein- und berufsbildenden Schulen in der Städteregion Aachen im Frühjahr 2020 und Frühjahr 2021 während des Distanzunterrichts befragt. Für dieses Sample lassen sich in dem Untersuchungszeitraum keine signifikanten Veränderungen der Demokratiezufriedenheit nachweisen. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede im Zufriedenheitsniveau der befragten Jugendlichen, die durch einstellungsbezogene und soziostrukturelle Merkmale zu erklären sind. Dies legt nahe, die bildungspolitischen und schulpraktischen Bemühungen zu verstärken, um die Ausgangsbedingungen für sozial benachteiligte Jugendliche zu verbessern.

Daraufhin präsentiert *Janine Schmoldt* (Universität Erfurt) eine Fallstudie zu einem neuartigen Problem im Bereich der Internationalen Beziehungen: der Anwendung völkerrechtlicher Normen auf sicherheitsrelevante Akteure im Cyberraum. Angesichts externer Hackerangriffe auf öffentliche Einrichtungen und kritische Infrastrukturen hat die NATO mit dem „Tallinn Manual on the International Law Applicable to Cyber Warfare“ von 2013 ein breit rezipiertes Referenzwerk vorgelegt, das rechtssichere Reaktionen auf Cyberbedrohungen ermöglichen soll. Allerdings kann das NATO-Handbuch diesen Anspruch nur bedingt einlösen. Anhand der Definition von „patriotischen Hackern“ zeigt Schmoldt, wie ein missverständlicher Begriff, der auf einer ungenauen Übersetzung aus dem Chinesischen beruht, in das Tallinn Manual aufgenommen wurde und welche schwerwiegenden normativen und politischen Konsequenzen damit verbunden sind.

Schließlich weitet *Christopher Daase* (Universität Frankfurt/Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung) wieder den Blick auf die größeren Zusammenhänge, die im Tagungsthema anklingen. Er untersucht das Scheitern der liberalen Weltordnung, deren Ende durch den russischen Angriff auf die Ukraine besiegelt wurde. Sein Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass die internationale Ordnung, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, schon länger im Zerfall begriffen ist. Daases

Erklärungsansatz, der realistische und liberale Perspektiven zusammenbringt, beruht auf einer spezifischen Interpretation von Herrschaft und Widerstand im internationalen System. Demnach hat sich die liberale Weltordnung von einem durch Legitimität getragenen Herrschaftssystem zu einer vermehrt als Zwangsherrschaft empfundenen Ordnung entwickelt. Dies hat den Widerstand gegen eine forcierte Liberalisierung verstärkt, was die Kosten für die Hegemonialmacht USA erhöht und zugleich ihre Bereitschaft verringert hat, die bestehende Ordnung zu verteidigen. Insofern wäre Russlands Krieg in der Ukraine als Ergebnis eines radikalisierten Widerstands gegen eine vom Westen betriebene liberale Herrschaftsstruktur zu verstehen. Um in der gegenwärtigen Situation Ansatzpunkte für neue Kooperationsstrukturen zu finden, empfiehlt Daase einen genaueren Blick in die Geschichte der internationalen Beziehungen. Denn die Entwicklung der liberalen Weltordnung hat während des tiefsten Konflikts der Nachkriegszeit – der Kuba-Krise – begonnen. Demnach könnte ein besseres Verständnis der Ursprünge der liberalen Weltordnung auch den Weg zu einer neuen internationalen Ordnung weisen.

Christopher Daases Plädoyer, die politikwissenschaftliche Analyse der internationalen Beziehungen historisch zu fundieren, erlaubt einen nahtlosen Übergang zu den beiden letzten Beiträgen, die die Verleihung des Preises „Das politikwissenschaftliche Buch“ dokumentieren. Laut der Ausschreibung dieses 2020 erstmals vergebenen Preises sollte eine Monographie prämiert werden, die einen herausragenden Beitrag zum Erkenntnisfortschritt der Politikwissenschaft leistet, für mehr als ein politikwissenschaftliches Teilgebiet von Interesse ist sowie den Transfer politikwissenschaftlichen Wissens in Politik und Gesellschaft befördert und dadurch die öffentliche Sichtbarkeit des Faches erhöht. Für die Auswahl aus den eingereichten Büchern hat der DGfP-Vorstand eine Jury eingesetzt, die sich für das Werk „Wendzeit: Die Neuordnung der Welt nach 1989“ von Kristina Spohr ausgesprochen hat, das 2019 bei der Deutschen Verlags-Anstalt erschienen ist. Die Gründe für diese Entscheidung erläutert der Jury-Vorsitzende *Wilhelm Knelangen* (Universität Kiel) in seiner hier abgedruckten Laudatio. Pointiert zusammengefasst: Indem Kristina Spohr den epochalen Umbruch der Weltpolitik seit 1989/90 luzide rekonstruiert, leistet sie nicht nur einen substanziellen Beitrag zu einem historisch fundierten Verständnis der Gegenwart; vielmehr ist ihr auch ein Brückenschlag zwischen zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Forschung gelungen, der nur noch selten versucht wird, obwohl dringlicher Bedarf besteht.

Den Abschluss des Bandes bildet die Dankesrede der Preisträgerin. Unter dem Titel „Wendezeiten und Weltordnungen“ beleuchtet *Kristina Spohr* (London School of Economics and Political Science) die „heutige Weltunordnung“ vor dem Hintergrund ihres prämierten Buches. Die pointierten Ausführungen zu den „Schlüsselprobleme[n] der Welt nach dem Mauerfall“ laden nicht zuletzt dazu ein, die „Wendezeit“ erneut zur Hand zu nehmen, um die Tragweite der im Eingangsbeitrag angesprochenen „Zeitenwende“ besser zu verstehen.





## Zeitenwende

*Ralf Fücks*

### *Zusammenfassung*

Beständiger Wandel ist ein Wesensmerkmal der Moderne. Die gegenwärtige Ära zeichnet sich durch eine Gleichzeitigkeit fundamentaler Veränderungen aus, die ein ähnlich disruptives Potenzial wie die soziokulturellen, politischen und technischen Transformationen zur Zeit des Übergangs vom 19. ins 20. Jahrhundert besitzen. Der Klimawandel, die digitale Revolution, eine alternde Bevölkerung, Migrationsprozesse, sich wandelnde Rollenverständnisse und politische Systemkonflikte erfordern das Ende einer Politik, deren Ziel die Optimierung des Status quo ist. Mutige Lösungen sind gefragt, die Innovationen ermöglichen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt stärken.

### *I. Bewegen wir uns in eine Neue Welt?*

Man könnte antworten: Ja, wie schon seit gut 200 Jahren, seit Beginn der industriellen Moderne, deren Wesensmerkmal der beständige Wandel, die rapide Veränderung von Technik, Lebenswelt und sozialen Beziehungen ist. Marx hat das bereits im „Kommunistischen Manifest“ prägnant beschrieben, und vor ihm hat Goethe im „Faust“ den hellsichtigen Begriff des „veloziferischen Zeitalters“ geprägt, der das Phänomen der ständigen Beschleunigung als Pakt mit dem Teufel beschreibt. Marx feierte die disruptive Kraft des Kapitalismus als Wegbereiter in das kommunistische „Reich der Freiheit“, Goethe fürchtete sie: „Auf Vernichtung läuft's hinaus.“

Also nichts Neues unter der Sonne? Das wäre allzu bequem. Auch wenn in der Moderne nichts bleibt, wie es war, gibt es doch sehr unterschiedliche Phasen von langsamer und schneller, linearer und disruptiver Veränderung. Die Zeit des Übergangs vom 19. ins 20. Jahrhundert war eine solche „Sattelzeit“ beschleunigter technischer, sozialer, kultureller

und internationaler Veränderung, die in den Zusammenbruch der alten Ordnung, Krieg und Revolution mündete.

Heute sind wir wieder in einer Periode epochalen Wandels. Wir erleben eine Gleichzeitigkeit fundamentaler Veränderungen, von denen jede allein das Zeug hat, unsere Welt gründlich zu verändern:

- Der *Klimawandel*, von dem wir heute erst das Vorspiel sehen, gefährdet die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen. Ginge er weitgehend ungebremst weiter, wird er unseren Heimatplaneten in einen unwirtlichen Ort verwandeln. Wenn wir keinem zynischen „Nach uns die Sintflut“ huldigen wollen, stellt uns der Treibhauseffekt vor die enorme Herausforderung, komplexe, global vernetzte Industriegesellschaften im laufenden Betrieb umzubauen. Das erfordert eine groß angelegte Mobilisierung von Innovationen und Investitionen zur Erneuerung des Energiesystems, der Industrie und der Landwirtschaft. Wenn es gut geht, entsteht daraus eine lange Welle von „Green Growth“. Falls nicht, werden die Kulturkämpfe zwischen den Verfechtern eines neuen Öko-Puritanismus, einer rigiden Kultur der Sparsamkeit und des Verzichts und den Anhängern des „Weiter so“ schärfer werden.
- Die *digitale Revolution* – ein Sammelbegriff für eine neue Qualität selbstlernender Maschinen, Supercomputer, Roboter und Kommunikationstechnologien – birgt enormes disruptives Potential. Die Befreiung von repetitiver Arbeit und das Vordringen künstlicher Intelligenz in Bezirke qualifizierter Tätigkeiten führt im besten Fall zu einer weitgehenden Reduktion notwendiger Arbeit zugunsten des „Reichs der Freiheit“. Im schlechteren Fall entsteht eine wachsende Zahl von Überschüssigen, die mit „Brot und Spiele“ ruhiggestellt werden. Zugleich öffnet die digitale Revolution die Tore zu einer posthumanen Zukunft, die von Mensch-Maschine-Wesen bevölkert und von selbstlernenden Algorithmen gesteuert wird. „Wer steuert wen?“ wird zur Schlüsselfrage im Zeitalter künstlicher Intelligenz.
- Eine dritte große Veränderung mit gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft ist der *demographische Wandel*. Dabei überkreuzt sich die rapide Alterung der Gesellschaft mit der wachsenden Einwanderung aus den Nachbarregionen Europas. Die traditionelle Bevölkerungspyramide wird auf den Kopf gestellt, zugleich nimmt die ethnisch-kulturelle Vielfalt sprunghaft zu. Mittlerweile kommen

bereits 40 Prozent aller Jugendlichen aus migrantischen Familien, mehr als zwei Drittel haben einen deutschen Pass. Deutschland wird zu einer multiethnischen und multireligiösen Republik. Einwanderung im großen Stil ist aufgrund des Rückgangs der Erwerbsbevölkerung notwendig, um das Wohlstandsniveau zu halten. Zugleich ist sie ein kultureller Stresstest und erfordert hohe Investitionen in Bildung und Qualifizierung.

Nach einer Prognose des statistischen Bundesamts werden die über 67-jährigen bis zum Jahr 2040 bereits mehr als ein Viertel der Bevölkerung ausmachen, auf zwei Erwerbstätige kommt dann ein Pensionär. Die Zahl der Hochaltrigen und der pflegebedürftigen Menschen wird überproportional steigen. Wir betreten demographisches Neuland, das ein hohes Maß an Toleranz, Integrationsfähigkeit und intergenerativer Solidarität erfordert.

- Eine vierte fundamentale soziokulturelle Veränderung ist die *Beschleunigung der Geschlechterrevolution*. Die Götterdämmerung des Patriarchats ist ein emanzipatorischer Fortschritt, wird aber von einem Teil der Gesellschaft (nicht nur von Männern) als große Verunsicherung und Statusverlust erlebt. Was schon im 19. Jahrhundert als Kampf um das Frauenwahlrecht und das Recht auf höhere Bildung für junge Frauen begann, hat sich seit den 1960er Jahren zu einem nie gekannten Umsturz der Geschlechter- und Familienverhältnisse entwickelt. Was im Westen unaufhaltsam scheint, löste in anderen Weltregionen eine patriarchale Konterrevolution unter der Flagge des traditionellen Islam aus. Wie wir inzwischen wissen, ist die Geschlechterrevolution mit der Gleichstellung von Mann und Frau noch lange nicht abgeschlossen: Jetzt geht es um die Infragestellung der bipolaren Geschlechterordnung und die Dekonstruktion des Geschlechterbegriffs selbst.
- Auch die *internationale Politik* ist im Aufruhr. Die Phase des demokratischen Aufschwungs, die bereits in den 1970er Jahren begann und mit dem Fall der Mauer und der folgenden Serie „bunter Revolutionen“ in den 1990er Jahren ihren Höhepunkt erreichte, ist vorbei. Die antiliberale Konterrevolution begann im Grunde bereits mit der gewaltsamen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ am 4. Juni 1989. Inzwischen beobachten wir eine doppelte Bedrohung der Demokratie: von innen durch den Aufstieg populistischer Parteien und Politiker – Trump war keine